

**Beschluss des 6. Landesparteitages**  
**2. Tagung der Partei DIE LINKE. Thüringen am 27.10.2018 in Weimar**

(Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit 1 Enthaltung angenommen)

## **Willkommen zu Hause! - In der Stadt und auf dem Land.**

Kommunalpolitische Grundsätze der LINKEN in Thüringen für die Kommunalwahlen 2019

### **Gemeinsam und solidarisch gestalten**

Lebensnah, direkt, demokratisch – Politik ist greifbar, wenn sie etwas „vor der eigenen Haustür“ gestaltet. Ob nun in der Kommune, im Dorf, in der Stadt oder im Landkreis - hier erleben wir Entscheidungen und können sie auch beeinflussen. Wenn DIE LINKE Kommunalpolitik macht, dann öffnet sie sich den Wünschen und Sorgen aller EinwohnerInnen und ermöglicht es ihnen, eigene Ideen umsetzen, sich direkt zu beteiligen und mitzubestimmen, demokratisch und solidarisch.

Nur gemeinsam stellen wir sicher, dass alle EinwohnerInnen sozial abgesichert sind und von einer öffentlichen Daseinsvorsorge profitieren:

Wir alle möchten eine bezahlbare und später auch barrierefreie Wohnung haben, eine gut ausgestattete Schule oder Kita für unsere Kinder und Enkelkinder. Wir wünschen uns medizinische Versorgung vor Ort, Kulturgenuß und Sportmöglichkeiten und natürlich wollen wir uns mit Bus oder Bahn überall hin bewegen können.

Zudem erwarten wir sauberes Wasser, eine sichere, umweltfreundliche Energieversorgung und selbstverständlich wollen wir angebunden sein an das Mobilfunknetz und das Internet.

Wenn wir uns vor Ort um all die Belange des kommunalen Lebens kümmern können, dann sprechen wir über eine starke Selbstverwaltung. Die Kommunen verwalten sich selbst, denn sie wissen am besten, was vor Ort gebraucht wird. Für viele Kommunen ist es schwierig, Aufgaben sachgerecht zu erfüllen, weil Geld oder Personal oder Beides fehlen. Dabei bleiben zunehmend zuerst die so genannten "freiwilligen Leistungen" (Kultur, Sport usw.) auf der Strecke. Doch Jung und Alt ist es wichtig, sich beim Sport oder im Theater zu treffen, sich zu erholen, Zeit miteinander zu verbringen. Ob Fußball spielen oder Malkurs, es geht um Lebensqualität.

Als LINKE handeln wir friedlich und solidarisch. Unsere politische Arbeit wird geprägt von dem Ziel, niemals das Zuhören zu vergessen, stets offen und ansprechbar zu sein.

Wir sind die Kraft vor Ort, wir sind DIE LINKE.

### **Die Kommunalpolitik der LINKEN in Thüringen fußt auf folgenden Grundsätzen:**

#### **Wir sind ORIGINAL SOZIAL!**

Wir streiten für soziale Gerechtigkeit und kämpfen gegen die soziale Spaltung. Kein Mensch darf abgehängt, ausgeschlossen oder verdrängt werden. LINKE Kommunalpolitik ist soziale Politik. Wir stärken das demokratische Miteinander. Wir sichern die kommunale Daseinsvorsorge.

## **Das A und O!**

Nichts ist wichtiger als das persönliche Gespräch. Wir reden mit den EinwohnerInnen. Wir sind als KommunalpolitikerInnen stets ansprechbar. Wir reagieren auf Ideen und Sorgen. Politik von oben herab lehnen wir konsequent ab. Wir schicken niemanden weg.

### **Gemeinsam ist Alles!**

Wir erarbeiten gemeinsam mit den EinwohnerInnen Lösungsvorschläge, sind transparent, kommunizieren unsere Entscheidungen fortlaufend, damit sie nachvollziehbar sind. Beteiligung und Mitbestimmung sind uns wichtig. Als LINKE handeln wir solidarisch und nach den Grundsätzen des gemeinsamen Zusammenlebens.

### **LINKS ist LINKS!**

Wenn wir Politik vor Ort gestalten, beachten wir auch die programmatischen und ideellen Grundsätze und Beschlüsse der LINKEN auf Bundes-, Landes- und Europaebene. Wer für DIE LINKE Politik macht, vertritt LINKE Standpunkte.

### **Wir sind nicht allein: Die Welt prägt unser Leben vor Ort**

Politik in den Kommunen kann nur so viel erreichen, wie bereits gesteckte Grenzen es ermöglichen. Manchmal können Wünsche nicht erfüllt werden, weil Kommunalpolitik gebunden ist an Gesetze des Bundes, des Landes und natürlich beeinflusst auch Europa unser Leben. Umso wichtiger ist, dass Europa von den Kommunen her gedacht wird. Denn ein bürgernahes und soziales Europa braucht als Garant starke Kommunen.

Prinzipiell benennen wir alle Entscheidungen anderer Ebenen, die zu Lasten der Kommunen gehen, deutlich nach außen. Als LINKE ist es auch vor Ort unsere Pflicht, fortwährend Kritik zu üben an Rahmenbedingungen, die auf anderen politischen Ebenen festgelegt worden sind. Wir wollen uns mit Kritik nicht zufrieden geben. Kommunalpolitik lebt nicht losgelöst von globalen und nationalen Problemen: Internationale Konflikte, eine neoliberale Globalisierung, Klimawandel, Herausforderungen der Integrationspolitik oder eine erstarkende Rechte, die zunehmend den gesellschaftlichen und politischen Diskurs bestimmt - alles wirkt sich auf das Leben der Menschen und das politische Handeln in den Kommunen aus. Als LINKE bewegen wir uns mit offenen Augen durch die Welt und erkennen, wie sich die sozialen Widersprüche in der Gesellschaft verstärken, die Kluft zwischen den Menschen wächst, auch zwischen städtischen und ländlichen Regionen. LINKE Kommunalpolitik stellt sich diesen Herausforderungen und wirkt auch über die kommunale Ebene hinaus.

### **#r2g in Thüringen hat die Kommunen im Blick und handelt**

Wir machen's gerecht. Und das, obwohl nach 24 CDU-regierten Jahren die eigenen Einnahmen der Thüringer Kommunen noch immer geringer sind, als in den alten Bundesländern. 24 Jahre CDU-Regierung ließen die Kommunen verarmen.

Rot-Rot-Grün handelt. Für leistungsstarke Kommunen greift das Land den Kommunen mit dem Kommunalen Finanzausgleich kräftig unter die Arme. Das Volumen des Finanzausgleichs betrug im Jahr 2018 fast 2 Milliarden Euro. Landeszuweisungen und Steuermehreinnahmen zusammengerechnet standen den Kommunen thüringenweit im Jahr 2017 im Vergleich zum letzten CDU-regierten Jahr 2014 700 Mio. Euro mehr zur Verfügung. Für die Jahre 2018 und 2019 wurde ein kommunales Investitionspaket in Höhe von insgesamt 200 Millionen Euro den Kommunen für Schulen und Sportplätze, für die Feuerwehren und für kommunale Krankenhäuser zur Verfügung gestellt.

Kurorte erhalten in Thüringen seit 2016 für den Ausgleich ihrer Mehrbelastungen erstmals Jahr für Jahr 10 Mio. Euro Sonderzuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Im Zusammenhang mit der freiwilligen Gemeindegebietsreform wurden über 200 Mio. Euro im Landeshaushalt 2018 und 2019 für Fusionsprämien und Entschuldungshilfen zur Verfügung gestellt.

Zusammen schaffen wir's: Mit zwei Gemeindeneugliederungsgesetzen und dem Beschluss des Thüringer Landtages über die Leitlinien zur Neugliederung der Gemeinden wurde in Thüringen ein großer Schritt zur Schaffung leistungsfähiger kommunaler Strukturen gemacht. Weit über 300 Gemeinden werden im Rahmen der Freiwilligkeit die Chance zur Schaffung zukunftsfester Strukturen nutzen, weitere werden noch hinzukommen. Für 2019 planen wir ein drittes Gemeindeneugliederungsgesetz.

Mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Thüringer Gemeinden haben wir das Ortsteilrecht ausgebaut und somit nachhaltig die Mitbestimmung der Ortsteilräte in ihren Angelegenheiten gestärkt. In einem ersten Schritt haben wir das Kommunalabgabengesetz weiterentwickelt und die Selbstverwaltung der Gemeinden und Städte gestärkt. Können sie nachweisen, dass sie dauernd leistungsfähig sind, können sie schon jetzt die Straßenausbaubeiträge abschaffen. Das ist bereits in Schmölnn geschehen. Gemeinsam mit der SPD und den Grünen arbeiten wir an der vollständigen Abschaffung dieser Zwangsabgabe - und an einer rechtssicheren Lösung für die Zukunft. Noch in dieser Legislatur soll es soweit sein: Straßenausbaubeiträge sollen in Thüringen Geschichte sein. Wir machen's gerecht.

Wir setzen uns auch weiterhin für eine Stärkung der Kommunen ein. Langfristig bleiben wir bei der Forderung, dass den Kommunen ein stärkeres Gewicht im föderalen Staatsaufbau zukommen muss. Dazu gehört nach dem Vorbild Österreichs die Umsetzung langfristiger Forderungen, wie eine dritte föderale Kammer neben Bundestag und Bundesrat, in der die Kommunen ihre Interessen auf Bundesebene eigenständig vertreten können. Dazu gehört auch eine stärkere Beteiligung der Gemeinden und Städte am Gesamtsteueraufkommen der Bundesrepublik, um finanziell unabhängiger von politischen Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene zu werden.

Eine Vielzahl an politischen Entscheidungen der letzten Jahre wäre ohne die kontinuierliche Thematisierung von Fehlentwicklungen durch DIE LINKE nicht denkbar gewesen. Dass die Wasserbeiträge abgeschafft und die Abwasserbeiträge gekappt wurden, ist auch ein Verdienst LINKER Kommunalpolitik.

### **Weltoffen und solidarisch – für einen Stimmungswechsel eintreten**

Wer als „anders“ angesehen wird, hat es vielerorts schwer in Thüringen. Spätestens nachdem sich die Zahl Geflüchteter aus verschiedenen Ländern in den letzten Jahren erhöht hat, wurde offensichtlich, wie verbreitet vorurteilsbehaftete menschenfeindliche und rassistische Haltungen noch immer sind.

Natürlich spielen neben Vorurteilen und Ängsten auch Wut und Enttäuschung über „die Politik“ und Entscheidungen der letzten Jahre eine Rolle. Aufgestaute Politikverdrossenheit sowie eine allgemeine oder auch ganz persönliche Unzufriedenheit sind häufig fruchtbarer Nährboden für rechtspopulistische Parolen und beeinflussen nicht nur das Wahlverhalten der EinwohnerInnen. Rechte Kräfte – allen voran die AfD – missbrauchen die Anti-Stimmung für ihre rückwärtsgewandte und völkisch-nationalistische Gesellschaftspolitik. Immer wieder bedient diese Partei gebetsmühlenartig die gleichen Themen, vor allem um Ängste zu schüren und Vorurteile zu verfestigen. Dabei geht es den AfD-PolitikerInnen offenbar nicht um ein gutes Zusammenleben vor Ort, sondern um das Aufrechterhalten einer schlechten gesellschaftlichen Stimmung, in der Hoffnung, möglichst oft wiedergewählt zu werden und persönlich zu profitieren. Als LINKE nehmen wir nicht hin, dass Vorurteile, Rassismus und auch Rechtsextremismus derart verankert sind in unserer Gesellschaft. Wir zeigen Haltung! Wir engagieren uns für einen

Stimmungswechsel! Wir arbeiten nicht mit der AfD, ihren VertreterInnen und anderen extrem Rechten zusammen.

### **Was tun gegen den Rechtsruck?**

Mensch ist Mensch. Wir setzen uns für ein weltoffenes, demokratisches und solidarisches Zusammenleben ein. Auch im kommunalen Alltag wird DIE LINKE rassistischen Ressentiments, Diskriminierungen, nationalistischen und neonazistischen Aktivitäten mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Ziel muss es sein, in allen Kommunen wieder ein öffentliches Klima gegen Rechtspopulismus und Neonazismus zu erzeugen.

### **Unsere Ziele:**

#### **1. Zusammenhalten**

Wir fördern Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus, wir bringen verschiedene Akteurinnen und Akteure zusammen und unterstützen Bündnisse und ihre Aktivitäten.

#### **2. Bilden**

Wir setzen uns ein für politische Bildung und unterstützen die Vereine und Träger, die sich Bildung und Demokratisierung verschrieben haben.

#### **3. Kennenlernen**

Integration geschieht in den Kommunen. Gerade jetzt dürfen Geflüchtete und AsylbewerberInnen nicht alleingelassen werden. Kultureller Austausch und gemeinsame Aktivitäten sind das Format der Wahl, um Ängste und Vorurteile abzubauen und gemeinsam eine kommunale Familie zu bilden, in der Toleranz und Respekt herrschen. Wir benötigen kommunale Integrationskonzepte, wir unterstützen Räume für Begegnungen.

#### **4. Aufklären**

Wir klären auf über rechtspopulistische und rechtsextreme Propaganda, die Tatsachen verdreht, Unwahrheiten vorträgt und irrationale Ängste schürt.

#### **5. Einbeziehen**

Wir fordern, dass die öffentliche Hand überall Verantwortung übernimmt, sich nicht weiter zurückzieht und auch im ländlichen Raum die Daseinsvorsorge stärkt. Niemand soll sich verlassen fühlen.

#### **6. Ermöglichen**

Wir setzen auf eine Politik des Ermöglichens und nicht der Verbote. Die Gemeinden sind der Lebensort aller Menschen, öffentliche Räume können alle selbstbestimmt und frei nutzen. Niemand wird vertrieben, jeder und jede gehört dazu.

## **Konkret! – LINKE Kommunalpolitik**

### **Mobilität sichern – öffentliche Angebote ausbauen**

Wer in Thüringen lebt, kennt auch diese Situationen: Mit Bus oder Bahn von A nach B zu kommen, ist häufig schwierig. Viele Bushaltestellen im ländlichen Bereich scheinen keine Funktion mehr zu haben. Ohne eigenes Auto oder die Hilfe von Verwandten und Bekannten, ist man als EinwohnerIn regelrecht abgehängt. Zahlreiche Bus- und Bahnverbindungen wurden stillgelegt, manchmal ist der SchülerInnenverkehr das letzte noch vorhandene ÖPNV-Angebot vor Ort. Neben dem Tarifdschungel ärgern wir uns auch über steigende Fahrpreise, die die EinwohnerInnen belasten und die Nutzung des ÖPNV unattraktiver machen. Mit jährlich zusätzlich 2 Millionen Euro fördert #r2g landesweit wichtige Buslinien, damit Bahn und Bus gut aufeinander abgestimmt werden und Ausflugsziele, Städte und Gemeinden mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sind.

#### **Unsere Ziele:**

##### **1. Bus und Bahn für alle!**

Die öffentliche Hand muss das Grundbedürfnis, mobil zu sein und somit am sozio-kulturellen Leben teilhaben zu können, erfüllen. Dafür muss mehr Geld ins System! Wir engagieren uns auf kommunaler Ebene dafür vor Ort und im Land. Zudem stärken wir flexible Lösungen, wie beispielsweise den Rufbus, das Bürgertaxi oder Krankentransporte.

##### **2. Einfach über die Grenzen hinweg!**

Wir wollen thüringenweit Tarife, Fahrziele sowie die entsprechenden Fahrgastinformationen in Echtzeit aufeinander abstimmen. So werden die Voraussetzungen für einen thüringenweiten Verkehrsverbund geschaffen. Damit die Menschen künftig mit nur einer Fahrkarte in Thüringen unterwegs sein können, braucht es in allen Kreistagen und Stadträten der kreisfreien Städte eine Entscheidung für eine landesweite Kooperation. Dann sind thüringenweit günstige Angebote wie Abo 65 plus, das ab 2018 geschaffene und mit rund 10 Millionen Euro Landesmitteln gestützte Azubiticket-T sowie ein Sozialticket im gesamten Verkehrsverbund besser umsetzbar.

##### **3. Fahrscheinfrei durch Thüringen!**

Langfristig muss die fahrscheinfreie Nutzung des ÖPNV angestrebt werden. Wenn alle EinwohnerInnen überall im Land mit dem Bus oder der Bahn fahren können, wäre das sozial gerecht und gut für die Umwelt. Bis dahin sollen Sozialtarife gefördert werden. Wir kämpfen für eine entgeltfreie Beförderung aller Kinder und Jugendlichen zur Schule, Berufsschule, Ausbildung und in der Freizeit.

##### **4. Mit dem Rad geht's auch!**

Wenn der Wind mal nicht so kräftig weht, bietet das Fahrrad eine gesunde Alternative, um einige Strecken oder auch Teilstrecken zu überwinden. Aufgabe ist, Radverkehrsanlagen und Radwege weiter auszubauen. Zudem soll der Drahtesel sicher und trocken abgestellt werden können. Deshalb sind Abstellanlagen für Räder an Bahnhöfen oder anderen Umsteigemöglichkeiten sowie attraktive Fahrradmitnahmemöglichkeiten im ÖPNV notwendig, Fahrradausleihstationen sollen geschaffen werden. Ebenso muss die Lade-Infrastruktur für E-Bikes an zentralen Verknüpfungsorten sowie an markanten Plätzen ausgebaut werden. Wir denken und planen kommunale Verkehrsentwicklung vor allem in den Städten nicht zuerst aus Sicht der AutofahrerInnen.

##### **5. Tief einatmen!**

Wir möchten, dass in den Fahrzeugflotten der Verwaltungen und in den kommunalen Verkehrsbetrieben abgasarme und abgasfreie Fahrzeuge stärker genutzt werden.

### **Es ist Ihr Zuhause – für soziale Mieten und Wohnraum nach Bedarf**

In einigen Kommunen stehen die Menschen bei Wohnungsbesichtigungen Schlange und sehen sich mit hohen Mieten konfrontiert, während andernorts Wohnungen leer stehen und nicht vermietbar sind. Dabei kann man nicht nur zwischen Stadt und Land unterscheiden: Die Erfurter Krankenpflegerin in Ausbildung, die Hotelfachfrau in Oberhof, der Studierende in Jena, die Rentnerin in Artern – sie alle haben das gleiche Problem. Kleine Wohnungen fehlen, größere für Familien ebenso. Barrierefreie und vor allem bezahlbare Wohnungen werden händeringend gesucht. Viele Menschen brauchen Wohnraum mit sozialen Miethöhen und die Sicherheit, sich ihre Wohnung auf Dauer leisten zu können.

In strukturschwachen Regionen kämpfen Kommunen und Wohnungsunternehmen mit dem Leerstand. Die Mieteinnahmen fehlen, um investieren und Verbindlichkeiten abbauen zu können. Wohnen wird dort zunehmend unattraktiv. Das bedroht auch kommunale Wohnungsunternehmen in ihrer Existenz und verschärft Wohnungsknappheit in den größeren Städten. Die Folge: Bedarfsgerechter Mietwohnraum fehlt landesweit. Im Gegenzug werden die Fördermittel des Landes nur unzureichend genutzt, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen oder zu sanieren.

Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen können dafür sorgen, dass für alle Menschen, egal wie alt sie sind oder wie viel Einkommen sie haben, Wohnraum vorhanden ist. Dabei ist uns wichtig, EinwohnerInnen einer Stadt nicht zu trennen. Gutverdienende wohnen in „Reichenvierteln“ und „angesagten Quartieren“ sowie in neu gebauten Wohnungen, während alle anderen sich das Leben in einem solchen Stadtteil nicht leisten könnten. Am Beispiel Erfurt wurde diese Entwicklung erst kürzlich fundiert benannt. Das ist Gentrifizierung, so entstehen soziale Brennpunkte, so wird stigmatisiert und ausgegrenzt. Das wollen wir ändern!

#### **Unsere Ziele:**

##### **1. Ihr Zuhause, so wie Sie es brauchen.**

Wohnungen müssen bezahlbar sein und den unterschiedlichen Bedürfnissen entsprechen. Wer eine finanziell günstige Wohnung benötigt, soll sie bekommen. Wir treten ein für den Neubau von Sozialwohnungen und die Sicherung sozialer Mieten im Wohnungsbestand. Wichtig ist auch, dass der altersgerechte sowie klimagerechte Umbau von Wohnungen gefördert wird und kommunale Wohnungsunternehmen in die Lage versetzt werden, selbst zu bauen.

##### **2. Ihr Zuhause wird nicht verscherbelt.**

Wir sind konsequent gegen die Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestands. Wir bewahren das öffentliche Eigentum und wenden uns gegen Wohnungsverkäufe. Spekulationen wollen wir einen Riegel vorschieben.

##### **3. Ihr Zuhause, warm und trocken.**

Wer wenig Geld hat, ist auf eine Erstattung der Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU) angewiesen. Wie hoch diese Erstattung ist und ob sie angemessen ist, kann beeinflusst werden. Die tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort und der aktuelle Mietspiegel sollen helfen, angemessen und bedarfsgerecht Kosten der Unterkunft zu erstatten. Stromsperrern und das Abklemmen von Warmwasser, inkl. Heizung, lehnen wir ab.

##### **4. Ihr Zuhause zum Wohlfühlen.**

Eine Wohnung ist wichtig, doch genauso wichtig ist das Drumherum. Städtische und dörfliche Ortskerne wollen wir erhalten bzw. beleben. Geschäfte und Supermärkte, Grünflächen, Plätze zur Erholung sowie Begegnungs-, Spiel-, Sport- und Bildungsangebote gehören dazu.

Ortsentwicklung ist viel mehr als Bau- und Verkehrsplanung!

In den ländlichen Räumen können multifunktionale Dorfgemeinschaftshäuser das Leben vor Ort bereichern. Generell wollen wir Lücken bebauen, aufstocken und Brachflächen nutzbar machen, bevor Boden versiegelt oder der Stadtrand zersiedelt wird.

##### **5. Ihr Zuhause der Zukunft.**

Wir unterstützen Modellprojekte des „Intelligenten Wohnens“ oder Smart Living. Menschen, die erkrankt sind oder im Alter nicht selbst auf sich Acht geben, können durch digitale Lösungen in

der eigenen Wohnung unterstützt werden. Ein Herd, der sich von alleine abschaltet, Licht auf Zuruf, eine Treppenstufe, die ‚merkt‘ wenn sie zu lange nicht benutzt wurde und dann Hilfe anfordert.

## **Arbeit durch öffentliche Beschäftigungsmodelle**

Trotz des sich dynamisch entwickelnden Arbeitsmarktes und sinkender Arbeitslosigkeit gelingt es seit Jahren zu wenig, Menschen, die schon längere Zeit arbeitslos sind, auf dem ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Gleichzeitig bedarf die zunehmende Digitalisierung der Arbeit hochqualifizierter MitarbeiterInnen und wird Beschäftigung für geringqualifizierte ArbeitnehmerInnen zurückdrängen und somit die Chancen auf Integration in Arbeit für Langzeitarbeitslose weiter senken.

DIE LINKE plädiert für die Einrichtung dauerhafter gemeinwohlorientierter Arbeit (ÖBS) als Brücke zwischen dem gewinnorientierten Bereich und dem gemeinwirtschaftlichen Bereich. Es können Arbeitsplätze nach sozialen und ökologischen Grundsätzen geschaffen werden, die dazu beitragen, Menschen wieder zur Mitbestimmung und Beteiligung am gesellschaftlichen Leben anzuregen und das Zusammenleben zu stärken. Durch gemeinschaftliches Arbeiten können die Prinzipien der Menschlichkeit, Nachhaltigkeit und Fairness gestärkt und neu empfunden werden. Die Folgeerscheinungen von Arbeitslosigkeit können eingeschränkt und die eingesparten Mittel für das Gemeinwohl eingesetzt werden.

Die Finanzierung von ÖBS-Maßnahmen erfolgt durch die regionalen und lokalen Jobcenter.

### **Unsere Ziele:**

#### **1. Existenzsichernde Arbeit öffentlich schaffen!**

Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit unterstützen und die Finanzierung von Projekten mit gemeinwohlorientierter Arbeit voranbringen. Langzeitarbeitslose sollen eine existenzsichernde und sozialversicherungspflichtige Tätigkeit im Gemeinwesen bekommen, die ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wieder stärken soll.

#### **2. Information!**

Die kommunalen VertreterInnen in den Trägerversammlungen der Jobcenter sollen jährlich in den Kreistagen und Stadträten in den kreisfreien Städten über die Entwicklung und Fortschritte informieren.

## **Für die Kleinen Großes schaffen - Kinder-, Jugend- und Schulsozialarbeit erhalten und ausbauen**

Wenn wir über Kinderarmut in Thüringen sprechen, werden wir oft zweifelnd angesehen. Kinderarmut? Bei uns? Ja, fast jedes dritte Kind bzw. Jugendlicher ist von Armut bedroht oder betroffen. Kinderarmut hat dabei viele Gesichter: Wer ohne Mahlzeit im Bauch und/oder im Rucksack zur Schule gehen muss, wer im Winter keine festen Schuhe bekommt und friert oder an der Klassenfahrt aus Kostengründen nicht teilnehmen kann, wird in seiner Entwicklung beeinträchtigt.

Wir übernehmen Verantwortung für Kinder und Jugendliche im Hier und Jetzt, damit sie eine glückliche Kindheit und eine Zukunft mit Perspektive haben. Helfen können die MitarbeiterInnen in den Einrichtungen der Jugendarbeit, die wir als Fachkräfte dringend benötigen. Doch vielerorts fehlt qualifiziertes Personal und notwendige Betreuungsangebote können nicht umgesetzt werden oder wurden weg gekürzt. Uns ist es wichtig, helfen zu können sobald ein Bedarf entsteht und auch die wichtige präventive Arbeit zu stärken. #r2g hat die Jugendpauschale in Thüringen deutlich erhöht und wird zukünftig auch die Schulsozialarbeit im Thüringer Schulgesetz verankern. Die kommunale Ebene muss zusätzlich handeln.

### **Unsere Ziele:**

**1. Für Kinder und Jugendliche, überall!**

Freizeitangebote, öffentliche Jugendtreffs, Kultureinrichtungen, altersspezifischer Spielplätze und vieles mehr gehören zur Daseinsvorsorge. Junge Leute brauchen Aufenthaltsorte und -Räume, natürlich ohne die Verpflichtung, etwas kaufen zu müssen. Dazu gehören auch der Erhalt und der Ausbau wohnortnaher Freiräume für Kinder und Jugendliche sowie die Unterstützung selbstverwalteter Jugendzentren.

**2. Für Kinder und Jugendliche, für die Zukunft!**

Geiz ist echt nicht geil! Erst recht nicht, wenn es um Kinder und Jugendliche geht. Kinder-, Jugend- sowie Schulsozialarbeit sollen flächendeckend vorhanden sein. Dabei wird nicht geknauert, sondern nach Bedarf gefördert.

**3. Für Kinder und Jugendliche nur die Besten!**

Wer pädagogische Fachkräfte halten oder gewinnen will, muss ihre Arbeitsbedingungen verbessern. Dazu gehören auch mehrjährige Arbeitsverträge für die MitarbeiterInnen der Kinder- und Jugendarbeit, damit sie Sicherheit haben. Zudem ist das Land in der Pflicht, entsprechende Ausbildungskapazitäten für Fachkräfte vorzuhalten. Landkreise und kreisfreie Städte sollen eigene Ausbildungsmöglichkeiten prüfen.

**4. Für einen vollen Bauch mit gesunden Lebensmitteln**

Wir wollen selbstkochende Einrichtungen für Kinder und Jugendliche unterstützen und regionale Produkte in der Essenversorgung zur Normalität werden lassen. Wir werden für eine kostenfreie gesunde Essenversorgung für alle Kinder eintreten.

**5. Für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen!**

Bildung und Kultur darf nicht vom Geldbeutel oder dem Wohlwollen der Eltern abhängig sein. Wir als LINKE setzen uns deshalb für einen kostenlosen Zugang für Kinder und Jugendliche zu Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie Gebühren- und Lernmittelfreiheit für Kinder und Jugendliche an allen Bildungseinrichtungen ein. Da aber Teilhabe gerade für junge Menschen beim Nahverkehr beginnt, wollen wir den ÖPNV für Kinder und Jugendliche kostenfrei gestalten.

**Weil Kinder und Jugendliche gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft sind - für eine selbstbestimmte Jugendpolitik**

Das in der UN-Kinderrechtskonvention garantierte Recht auf Mitsprache und Beteiligung bringt ein Verständnis von Kindern und Jugendlichen als aktive Mitglieder der Gesellschaft zum Ausdruck. Dieses Recht gilt für Kinder jeden Alters. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bedarf aber auch Ernsthaftigkeit durch gesetzlich verbrieft Rechte und verlässliche Strukturen.

**Unsere Ziele:**

**1. Für Kinder und Jugendliche und ihre Meinung!**

Als LINKE setzen wir uns für die Sicherung des Rechtes auf Beteiligung und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Anliegen ein. Außerdem unterstützt DIE LINKE die Schaffung von verschiedenen Beteiligungsformen, welche auf die jeweilige Entwicklung der Kinder und Jugendlichen sowie auf die Zielstellung abgestimmt sind.

**2. Für Kinder und Jugendliche und ihre Rechte!**

DIE LINKE macht sich stark für die Einrichtung einer Stelle einer/eines Kinderbeauftragten als Interessenvertretung und Initiator\*in von Beteiligungsprozessen. Der/die Kinderbeauftragte soll Entscheidungsgremien für die Belange von Kindern und Jugendlichen sensibilisieren und sich für ihre Interessen stark machen.

**3. Für Euch, mit Euch!**

*Kinder und Jugendliche sollen mitreden, sich einmischen können. Als LINKE stärken und fördern wir die Kinder- und Jugendvertretungen, Stadt- und Kreisjugendringe in Thüringen sowie die Jugendverbände als Orte der Selbstorganisation von Kindern und Jugendlichen,*



*Kinder- und Jugendparlamente und andere Jugendmitbestimmungsgremien sowie junge Initiativen und Bündnisse.*

## **Unsere Kleinen bestens betreuen**

Kaum ist die freudige Botschaft verkündet, erscheinen 9 Monate mit Blick auf die Suche nach einem Krippen- und später auch Kindergartenplatz äußerst knapp. Gibt es Angebote vor Ort? Wie ist die Qualität? Gibt es genug ErzieherInnen und was kostet der Betreuungsplatz?

Eltern haben einen Anspruch auf einen Kindergarten-Platz. Die Gemeinden und Städte sind verpflichtet, diesen Rechtsanspruch abzusichern. So entstehen zwar mithilfe des Bundes immer weitere Kindergärten, allerdings fehlt dafür das notwendige Personal. Der Fachkräftemangel bei den ErzieherInnen in den Kindertageseinrichtungen ist deutlich spürbar. Zusätzlich sind noch große Unterschiede bei den Platzkosten und damit bei den Elternbeiträgen zu sehen. Das beitragsfreie Kindergartenjahr in Thüringen ist ein erster Schritt, frühkindliche Bildung komplett kostenfrei zu gestalten.

## **Unsere Ziele:**

### **1. Für alle Kleinen die gleichen Chancen!**

Kindergärten erfüllen viele wichtige Funktionen: Kinder werden gebildet, sie erlernen soziale Kompetenzen, sie sammeln Erfahrungen im Miteinander, sie üben, selbständig zu sein und Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen. Ein kleiner Mensch wächst auf und der Kindergarten begleitet ihn dabei.

Alle Kinder und alle Eltern sollen von dieser Möglichkeit profitieren, deshalb müssen Kindergarten-Plätze entgeltfrei sein und durch das Land und vor allem den Bund ausreichend finanziert werden.

### **2. Vielfalt für die Kleinen!**

Vor Ort sollen attraktive und vielfältige Kindergarten-Angebote vorhanden und erreichbar sein. Dabei können Kindertageseinrichtungen verschiedene inhaltliche Schwerpunkte haben (z.B. Integration, Fremdsprachen, alternative Erziehungskonzepte, Umwelt o.ä.).

### **3. Die Kleinen gut versorgen!**

Wer spät am Abend, nachts oder in Schichten arbeitet, kennt das Problem: Wer passt auf den Nachwuchs auf? Um Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren zu können, sind Kindergarten-Angebote mit flexiblen und bedarfsgerechten Öffnungszeiten auszubauen. Oberstes Gebot dabei ist das Kindeswohl. Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE generell für familienfreundliche Arbeitszeiten ein.

### **4. Die Kleinen gut betreuen!**

Das Land braucht mehr ErzieherInnen! Die Ausbildungskapazitäten müssen erweitert und abgesichert werden. Der Beruf muss durch höhere Ausbildungs- und Arbeitsentgelte auch bei freien Trägern attraktiver gemacht werden.

## **Gute Bildung ein Leben lang**

Die Zukunft eines Kindes hängt in Deutschland davon ab, welche Schulbildung seine Eltern haben und in welchem Beruf sie arbeiten. Das ist in keinem anderen Land Europas so sehr ausgeprägt. In der Schule wird versucht, diese Nachteile auszugleichen, doch aufgrund der Altersstruktur der Bevölkerung, des Mangels an Lehrkräften und zu wenigen Kindern droht einigen Schulen, gerade auf dem Lande, in absehbarer Zeit die Schließung. Das will #r2g mit einem neuen Schulgesetz verhindern und den Weg zu Kooperationen zwischen Schulen öffnen. Damit können auch kleine Schulen bestehen bleiben.

In Schulen, in denen der Putz von Decke und Wänden rieselt, kann man nicht gut lernen. Deshalb sollen sie saniert werden, um bei guter Ausstattung eine schöne Lernumgebung zu bieten. Deshalb wird #r2g bis zum Ende des Jahres 2019 300 Millionen Euro für die Sanierung von Schulen eingesetzt

haben. Weitere Sanierungen und der Neubau von Schulen werden dennoch großer Anstrengungen bedürfen.

Dazu kommen die gestiegenen Anforderungen an Lehrerinnen und Lehrer, die Ziele der Inklusion sowie die hohen Erwartungen einer Wissensgesellschaft, die nun auch von der Bildung fordert, digitaler zu werden. Deshalb brauchen alle Schulen schnelle Internetverbindungen und moderne Computerausstattungen. Dies gilt ebenso für Volkshochschulen. Sie sollen in der Lage sein, ein flächendeckendes Grundangebot und eine gesicherte Themen- und Methodenvielfalt bei sozial verträglichen Tarifen anbieten zu können.

### **Unsere Ziele:**

#### **1. Schule vor Ort!**

Wir setzen uns für standortsichere und wohnortnahe Schulen ein. Deshalb unterstützen wir vor Ort eine Schulnetzplanung, die auf die Zusammenarbeit von Schulen baut und somit auch in Zukunft kurze Wege für kurze Beine möglich macht. Wir drängen auf mehr Gemeinschaftsschulen in Thüringen und helfen vor Ort, sie aufzubauen.

#### **2. Gutes Lernen für alle!**

Ob Bücher, Bänke oder Technik – die Schulen sollen so ausgestattet sein, dass sie den Kindern und Jugendlichen ein Lernen in einer angenehmen Unterrichtsatmosphäre und eine umfassende Förderung ermöglichen. Gutes Lernen gilt dabei für alle Generationen: Erwachsenen und SeniorInnen sollen verlässliche und ihren Bedürfnissen entsprechende Angebote der Erwachsenenbildung geboten werden. Schulen können auch als kulturelle Zentren, z.B. für die Erwachsenenbildung, den Musikschulunterricht oder Ausstellungen genutzt werden. Zur besseren Kooperation der Bildungsangebote wollen wir kommunale BildungsplanerInnen einsetzen.

Die Ziele der Inklusion unterstützen wir.

#### **3. Ein klares JA zur Schule!**

Wer in die Schule investieren will, braucht Klarheit. Schulträger sollen langfristig Sicherheit über ihre Schulstandorte erhalten, um bauliche Sanierungen und andere Investitionen planen zu können. Ein von Bund und Land gefördertes Investitionsprogramm soll bauliche Mängel beseitigen und Standorte sichern.

#### **4. Digital, aber wie!?**

Wir brauchen ein Gemeinschaftsprogramm, das die Kommunen bei der Beschaffung von Computern, Smartboards usw. in Höhe von 50 Prozent der Kosten entlastet.

Der Weg zur Digitalisierung des Schulbetriebs sollte gemeinsam beschritten werden: Die Kommunen können als Schulträger zusammenarbeiten und Ideen sowie erste Erfahrungen austauschen. Zudem brauchen wir mehr Angebote einer generationenübergreifenden Medienbildung für einen sicheren Umgang mit digitalen Geräten und Medien.

### **Ohne Moos nix los – Die kommunale Finanzausstattung**

Viele Kommunen leiden unter chronischer Unterfinanzierung. Das führt oft dazu, dass die kommunale Finanzpolitik von angespannten Haushaltslagen, Sparzwängen und einem geringen Gestaltungsspielraum geprägt ist, wobei auch Steuererhöhungen nicht ausgeschlossen sind, die die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft direkt zu spüren bekommen. Dies führt in beinahe allen Regionen des Landes dazu, dass etliche Kommunen die Verhältnisse vor Ort nicht mehr aktiv gestalten bzw. die Bedürfnisse vor Ort nicht mehr ausreichend bedienen können. Ihre Handlungsfähigkeit ist stark eingeschränkt und oftmals wird nur noch der Mangel verwaltet. Einige Kommunen können nicht einmal mehr ihren pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben nachkommen. Auch die seit 2015 durch #r2g stetig erhöhten finanziellen Mittel für die Kommunen sind erst mal nur Tropfen auf den heißen Stein. Die Finanzbeziehungen der Kommunen mit dem Land müssen in der

nächsten Legislatur des Landtages strukturell auf neue Füße gestellt werden. Der Kommunale Finanzausgleich ist neu auszurichten und muss auch der Versorgungsfunktion der städtischen Zentren für das Umland gerecht werden.

Die Kommunen müssen wieder in die finanzielle Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen: Kindertagesstätten und Schulen, der öffentliche Nahverkehr und die Wasserversorgung, Kultur und Sport, Feuerwehr und Rettungsdienst, Straßen und Radwege, das alles und noch viel mehr gehört in ihren Aufgabenbereich und zur öffentlichen Daseinsvorsorge der Kommunen.

Besorgniserregend ist der Investitionsstau bei Schulgebäuden, dem Wohnungsbestand oder den Straßen. Für das erste Quartal 2017 wird von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) von einem Investitionsbedarf von 126 Milliarden Euro in den deutschen Kommunen ausgegangen. Oftmals kann nur noch reagiert, aber nicht mehr aktiv gestaltet werden.

#### **Unsere Ziele:**

##### **1. Raus aus den Schulden!**

Deshalb braucht es für die so genannten Altschulden schnell wirkende Entschuldungsprogramme.

##### **2. Wirtschaftliche Betätigung für mehr Einnahmen!**

Dafür sollen kommunale Unternehmen in der Organisationsform des öffentlichen Rechts (Eigenbetriebe, Anstalt öffentlichen Rechts) gefördert und gegründet werden.

##### **3. Teilhabe für alle!**

Jede kommunale Haushaltspolitik muss die soziale Teilhabe aller Menschen gewährleisten und darf niemanden abhängen.

##### **4. Alle bestimmen mit!**

Wir wollen eine umfassende Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner bei der Erstellung der kommunalen Haushaltspläne.

##### **5. Transparenz bei Kommunalabgaben!**

Bei der Erhebung von Kommunalabgaben fordern wir Transparenz, Informations- und Mitwirkungsrechte der Betroffenen ein, vor Umsetzung der geplanten Maßnahme. Wir wollen die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Bis zur Durchsetzung dieses Zieles setzen wir uns konsequent dafür ein, den seit 2017 auf Landesebene gesetzlich geschaffenen Ermessensspielraum der Kommunen auszuschöpfen. Das heißt Absenkung des Anteils der Beitragspflichtigen auf bis zu 10 % und Verzicht auf die Erhebung von Beiträgen bei Vorliegen der entsprechenden Leistungsfähigkeit der Gemeinde.

#### **Lebenswichtiges in öffentliche Hand!**

DIE LINKE kann wirtschaften und hat dabei diejenigen im Blick, um die es geht: Wirtschaft ist für Menschen da und nicht umgekehrt. Vor allem wenn es um die Daseinsvorsorge geht, muss die öffentliche Hand verantwortlich sein. Sie wollen mitreden? Wir auch! Ob Abfallentsorgung, Wohnraum sowie auch Breitbandnetze - durch die Privatisierung wird die kommunale Mitgestaltung und demokratische Kontrolle stark eingeschränkt. Während für die meisten Unternehmen nur die Renditen im Mittelpunkt stehen, sind eine flächendeckende Versorgungssicherheit, Qualität, angemessene Gebühren und natürlich gute Löhne sowie soziale Arbeitsbedingungen viel wichtiger. Die kommunale Daseinsvorsorge muss hohe Ansprüche erfüllen – sie soll sozial, nachhaltig, ökologisch und inklusiv sein. Kontrolliert und durchgesetzt werden diese Erwartungen durch die Einflussmöglichkeiten der EinwohnerInnen-Vertretungen vor Ort. Ihr Mitspracherecht wollen wir stärken.

#### **Unsere Ziele:**

### **1. Es muss uns allen gehören!**

Privatisierte Leistungen der Daseinsvorsorge sollen wieder in die öffentliche Hand zurückgeführt werden. Neue Privatisierungen oder Projekte in Öffentlich privater Partnerschaft (ÖPP) lehnen wir grundsätzlich ab. DIE LINKE unterstützt in den Kommunen die Bestrebung, privatisierte Leistungen wieder in die eigene Verantwortung zu übernehmen. Kommunalisierung ist ein zentraler politischer Schwerpunkt. Das gilt für alle Bereiche der Daseinsvorsorge. Wir prüfen, welche ausgegliederten Bereiche wieder in die Verwaltungen oder Gesellschaften mit mindestens Mehrheitsbeteiligung zurückgeholt werden können.

### **2. Stark vor Ort!**

Kommunale Unternehmen müssen ihre Kompetenzen bündeln und miteinander kooperieren. Regionale und nachhaltige Wirtschaftskreisläufe wollen wir stärken. Innovative Versorgungsmodelle, die den Einzelhandel vor Ort stärken, unterstützen wir (z.B. mobile Läden, ein smarter Tante Emma-Laden).

### **3. Ordentlich einmischen!**

Wir stärken die Mitglieder in Aufsichtsgremien, die die Arbeit kommunaler Unternehmen kontrollieren und begleiten, damit sie im Sinne der EinwohnerInnen handeln. Transparenz ist dabei wichtig, ebenso wie die Vertretung von ArbeitnehmerInnen in den kommunalen Aufsichtsgremien.

## **Refugees welcome!**

Wir wollen ein weltoffenes Thüringen, das Menschen willkommen heißt und in dem Geflüchtete eine humanitäre Aufnahme und von Beginn an Möglichkeiten der Integration und Teilhabe finden. Das ist der Anspruch von Mensch zu Mensch. Und dafür braucht es eine adäquate – nicht nur finanzielle - Unterstützung der Landkreise und kreisfreien Städte

Zur Unterstützung ehrenamtlicher Initiativen und Netzwerke besteht seit 2016 die Ehrenamtskoordination auf Landesebene, die Fortbildungen anbietet, Kontakte vermittelt, Beratungsangebote zur Verfügung stellt und MigrantInnen-Selbstorganisation fördert. Mit der elektronischen Gesundheitskarte stehen medizinische Leistungen den Asylsuchenden seit 2017 diskriminierungsfrei zur Verfügung, sie brauchen für den Arztbesuch keine behördliche Erlaubnis mehr. Opfer rechter Gewalt dürfen in Thüringen nicht mehr abgeschoben werden.

Um zugewanderten Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, sind Integrationsangebote unabhängig vom Aufenthaltsstatus ein wichtiges Instrument. #r2g hat deshalb auf Landesebene ein Integrationskonzept erarbeitet, das nun Schritt für Schritt Umsetzung findet.

Als kommunal Verantwortliche können wir sehr viel dazu beitragen, dass sich Geflüchtete willkommen und geborgen fühlen und bei uns zu Hause sein können.

## **Unsere Ziele:**

### **1. Unterstützung für Helfende!**

Wir unterstützen all jene, die in unterschiedlicher Weise Geflüchtete unterstützen: ihnen Wohnungen besorgen, ihnen Familie, Freundinnen und Freunde sind, ihnen Brücken bauen und das Ankommen erleichtern und einfach Zeit miteinander verbringen. Wir sind Teil der Helfenden.

### **2. Wohnung statt Gemeinschaftsunterkunft**

Das Leben in Gemeinschaftsunterkünften - fremdbestimmt und ohne Schutz der Privatsphäre - ist niemandem auf Dauer zuzumuten, gerade Familien nicht. Daher werden wir überall dafür eintreten, keine zentralen Unterbringungen für Geflüchtete bereit zu stellen.

### **3. Kindergarten und Schule für die Kinder, Sprachunterricht für die Älteren!**

Die Thüringer Schulpflicht gilt auch für geflüchtete Kinder. In ihrem Sinne müssen wir in der Schulnetz- oder auch Kindergartenbedarfsplanung entsprechende Maßnahmen treffen, um

den Kindergarten- bzw. Schulbesuch zu ermöglichen. Ähnliches gilt für den Spracherwerb über die Volkshochschulen.

**4. Teilhabe von Anfang an!**

Geflüchteten ist unabhängig des Aufenthaltsstatus der Zugang zu allen öffentlichen Einrichtungen von den Schwimmbädern, den Bibliotheken, Gemeinzentren bis hin zum Feuerwehrverein zu ermöglichen. Ankommen entsteht durch Mitmachen und dadurch, ein Teil der Gemeinschaft sein zu können. Die Erarbeitung von Integrationskonzepten kommt diesem Anspruch entgegen.

**5. Selbstermächtigung!**

Wir fördern Initiativen und Modell(projekt)e, in denen sich Geflüchtete selbständig und selbstbestimmt organisieren, beteiligen und vertreten können. Daneben arbeiten wir mit MigrantInnenselbstorganisationen und Ausländerbeiräten auf Augenhöhe zusammen.

**6. Einwanderungsbehörde statt Ausländerbehörde!**

Wir wollen, dass Geflüchtete und Zugewanderte in Thüringen wohnen, arbeiten, leben und teilhaben können. Die bislang eher ordnungspolitisch ausgerichteten Ausländerbehörden wollen wir zu Einwanderungsbehörden umgestalten, die eine Vermittlungs- und Netzwerkfunktion ausfüllen und den zugewanderten Menschen das Ankommen erleichtern und ermöglichen sollen. Es sollen nicht Gründe zur Ausreise gesucht, sondern Teilhabe und Integration ermöglicht werden. .

### **Digitalisierung vor Ort: Große Chancen, viel Nachholbedarf**

Online Urlaub buchen, Überweisungen tätigen, per WhatsApp Fotos von den Enkelkindern bekommen, bei der nächsten unbekanntesten Vokabel eine Suchmaschine befragen - unser Leben wird immer digitaler. Die Chancen und Risiken dieser Entwicklung müssen viel intensiver diskutiert werden, denn zurzeit rauscht die Zukunft an uns vorbei und wir verpassen den Anschluss. Auch vor Ort verändert die Digitalisierung unser Zusammenleben, unsere Arbeit und unsere Freizeitgestaltung. Sie könnte Lösungsansätze für viele Probleme bieten, z.B. wenn wir Behördengänge machen, Hilfe suchen oder uns informieren wollen. Wer nicht angeschlossen ist, ist ausgeschlossen. Als LINKE möchten wir greifbar und konkret machen, was Digitalisierung in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen bedeutet und wie wir sie für unser Leben nutzen können. Denn viele Kommunen sind skeptisch und fühlen sich auf die Digitalisierung nicht vorbereitet.

#### **Unsere Ziele:**

**1. Ohne Netz geht nichts!**

Die Digitalisierung ist ein Standortfaktor, auch mit Blick auf die Wirtschaft. Grundlage ist ein flächendeckender Glasfaserbreitbandausbau im Gigabit-Bereich. Für DIE LINKE gehört ein entsprechender Breitbandanschluss zur Grundversorgung und daher in öffentliche Hand. Besonders für den ländlichen Raum ist es wichtig, angeschlossen zu sein.

**2. Das Netz ist nur der Anfang!**

Ob ein Pass beantragt wird, Ampelschaltungen aufeinander abgestimmt sind, eine Ärztin eine online-Sprechstunde macht oder die Pflegekraft automatisch informiert wird, wenn das Licht zu lange nicht mehr angeschaltet wurde - die Digitalisierung kann unser Leben vereinfachen und uns in Fragen von Gesundheit, Bildung, Wohnen, Verwaltung, Verkehr und Energiewirtschaft unterstützen, auch vor Ort. Um zu erfahren, was möglich ist und an welchen Stellen Potentiale schlummern, wollen wir das Thema auf kommunaler Ebene verankern, ExpertInnenrunden einberufen und beispielsweise einem kommunalen Ausschuss die Digitalisierung als dauerhafte Aufgabe zuteilen. Wir wollen die Zukunft nicht verschlafen, deshalb wollen wir die Landkreise und kreisfreien Städte ermuntern, sich an der Erarbeitung einer landesweiten Digitalisierungsstrategie mit dem Land zu beteiligen.

**3. Gut beraten, gut vernetzt!**

Unsere Kommunen brauchen Unterstützung und Beratung. Wir planen Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote für die MitarbeiterInnen vor Ort. Möchten sich die Kommunen weiterentwickeln, können sie interkommunale digitale Modellregionen bilden, um gemeinsam Fortschritte zu ermöglichen. Partnerschaften zwischen den Kommunen und Kreisen, auch in Bezug auf einzelne Themen der Digitalisierung, sind anzustreben.

#### **4. Achtung, Daten!**

Die Digitalisierung führt dazu, dass immer mehr Daten vorhanden sind, gesammelt und benutzt, leider auch missbraucht werden. Vor Ort wollen wir sicherstellen, dass mit Daten sparsam, sensibel und sicher umgegangen wird. Ein hohes Maß an Transparenz in Bezug auf Datennutzung gegenüber den EinwohnerInnen ist für uns selbstverständlich.

### **Gemeinsam älter werden**

Das Durchschnittsalter der Menschen in Thüringen steigt. Wir werden älter! Dabei bleiben viele SeniorInnen bis ins hohe Alter fit, wollen sich engagieren und tatkräftig mit ihrer Lebenserfahrung am Alltag teilnehmen. Ein Treffpunkt in der Nachbarschaft, ein barrierefreies Badezimmer oder gute Pflege in der eigenen Wohnung – wir unterstützen vor Ort und ermöglichen die Teilhabe, die gewünscht ist. Ältere EinwohnerInnen, die pflegebedürftig sind oder anderweitig eingeschränkt werden, haben das Recht auf einen selbstbestimmten und würdevollen Lebensabend. Wir kümmern uns um Angebote und Strukturen, die ihre Selbstbestimmtheit und Selbstständigkeit ermöglichen und stärken.

Im ländlichen Raum ist es eine wesentliche Aufgabe, älter werdende Menschen zu begleiten und sie dabei zu unterstützen, gut versorgt, gesund und in Gesellschaft zu sein. Diesbezüglich fordern wir ein Seniorenmitbestimmungsgesetz in Thüringen.

### **Unsere Ziele:**

#### **1. Gutes Wohnen im Alter!**

Wer älter wird, hat neue Ansprüche an die Wohnung und das Umfeld. Wir setzen uns ein für altersgerechtes und barrierefreies Wohnen, das bezahlbar ist. Alternative Wohnformen, beispielsweise RentnerInnen-WGs, werden wir fördern. Gehwege, Straßen und öffentliche Plätze müssen so geplant werden, dass ältere Menschen sich problemlos bewegen, orientieren und aufhalten können.

#### **2. Gut versorgt im Alter!**

In der Altenhilfe- und Pflegesozialplanung haben ambulante und häusliche Angebote für uns Vorrang vor stationärer Pflege. Die Digitalisierung bietet auch hier neue Möglichkeiten, ein selbstbestimmtes Leben im gewohnten Umfeld zu ermöglichen. Wir unterstützen Konzepte und Dienstleistungen, die neue Technologien einführen, um die Lebensqualität im Alter zu erhöhen („Ambient Assisted Living“ = altersgerechte Assistenzsysteme). Kommunale Wohnungsunternehmen tragen hier auch eine Verantwortung. Zudem müssen unabhängige kommunale Pflegeberatungsstellen geschaffen und leicht erreichbar sein. Die finanzielle Unterstützung von Selbsthilfegruppen, die sich um Beratung und Begleitung von Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen kümmern gehört damit genauso dazu wie die Verpflichtung der Landkreise und kreisfreien Städte, jährliche Pflegekonferenzen durchzuführen.

#### **3. Aktiv im Alter!**

Es gibt viele Möglichkeiten, das Leben älterer Menschen zu bereichern: Ehrenamtliches Engagement, kulturelle Angebote vor Ort (Soziokultur), Freizeiteinrichtungen, SeniorInnen-Spielplätze, Sportangebote, Kleingärten, Naherholungsgebiete u.v.m. Wir engagieren uns vor Ort für Angebote und Strukturen, die für ältere Menschen attraktiv sind und ermöglichen Seniorinnen und Senioren die Beteiligung an kommunalpolitischen Prozessen, indem wir SeniorInnenbeiräte fördern und unterstützen.

## **Gleich heißt gleich!**

Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf Teilhabe am Leben. Durch kommunale Maßnahme- und Aktionspläne, die nach Diskussion mit den Fachverbänden und Selbsthilfestrukturen entstehen, kann die UN-Behindertenrechtskonvention schrittweise umgesetzt werden. Alle kommunalen Vorhaben, insbesondere Planungs- und Bauvorhaben, müssen nach den Kriterien der Inklusion und Barrierefreiheit geprüft und realisiert werden.

### **Unsere Ziele:**

#### **1. Beauftragte sichern Einfluss und Mitsprache!**

konsequente Umsetzung des gesetzlichen Anspruchs zur Schaffung eines/einer hauptamtlichen Behindertenbeauftragten zumindest in den Landkreisen, kreisfreien Städten und Großen kreisangehörigen Städten. Der Behindertenbeauftragte ist bei Baugenehmigungen für Geschäfte, Gaststätten, Arztpraxen und weiteren zu konsultieren.

#### **3. Information für Entwicklung!**

Die Behindertenbeauftragten sollten jährlich an den Kreistag und Stadtrat über die geleisteten Fortschritte und Rückschläge berichten. Vertreter der Behindertenverbände sollen in den kommunalen Ausschüssen (Bildungsausschuss, Bauausschuss etc.) regulär anwesend sein, mindestens im Status eines sachkundigen Bürgers.

## **Medizinisch gut versorgt. Überall!**

Wenn wir medizinische Hilfe benötigen, erwarten wir zu Recht, dass eine Ärztin oder ein Arzt erreichbar ist. Doch sowohl Allgemein- als auch FachmedizinerInnen fehlen inzwischen auf dem Land und auch in der Stadt. Für viele Menschen gehören lange Wartezeiten und weite Fahrtwege zur nächsten Niederlassung eines Arztes/einer Ärztin zum Alltag. Krankenhäuser konkurrieren um PatientInnen, Abteilungen werden geschlossen. Es steht immer weniger die Gesundheit der Menschen, sondern wirtschaftliche Kennzahlen im Vordergrund. Fortschritte in verschiedenen Bereichen der Medizintechnik finden nur langsam Eingang in den Alltag. Einer weiteren Privatisierung bei der medizinischen Versorgung stellen wir Modelle von Gesundheitseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft entgegen.

### **Unsere Ziele:**

#### **1. Hilfe vor Ort!**

Wir kämpfen für eine wohnortnahe hausärztliche und gut erreichbare fachärztliche Versorgung. Krankenhäuser, ambulante Versorgungszentren und Praxisräume für ÄrztInnen sollen bewahrt oder eingerichtet werden. Bestehende Niederlassungshemmnisse für ärztlichen Nachwuchs im ländlichen Raum müssen weiter durch Landes- und Bundesebene beseitigt werden. Zusätzlich prüfen wir Möglichkeiten der kommunalen Gemeinschaftsarbeit bei der Sicherung des Angebotes von AmtsärztInnen in den kommunalen Gesundheitsämtern.

#### **2. Krankenhäuser retten!**

Die stationäre Versorgung ist landesweit in hoher Qualität sicherzustellen. Dazu braucht es auch weiterhin die kommunale Trägerschaft und den Einfluss des Landes auf die Krankenhäuser über die Krankenhausplanung. Rekommunalisierungen sind zu prüfen, jede neue Privatisierung ist abzulehnen.

#### **3. Gesundheit in der Kommune!**

Basis aller Entscheidungen muss eine regelmäßige, qualitativ hochwertige und öffentlich einsehbare kommunale Gesundheitsberichterstattung sein. Der öffentliche Gesundheitsdienst

vor Ort muss darüber hinaus wieder in die Lage versetzt werden, seinen gesetzlichen Auftrag vollumfänglich erfüllen zu können. Die Finanzierung freier Träger, lokaler und regionaler Beratungsstellen für die Drogen- und Suchtberatung, Ehe- und Familienberatung etc. werden wir erhalten und wollen wir ausbauen.

## **Ehrenamt ist ehrenwert**

Kommunalpolitik wird ehrenamtlich geleistet, doch nicht nur sie! Immer mehr Aufgaben werden durch Ehrenamtliche übernommen. Mitunter ersetzen sie schon den Staat, der sich aus vielen Bereichen des Zusammenlebens zurückzieht, bzw. sich nicht angemessen einbringt. Wir möchten Ehrenamtliche gut beraten, unterstützen und ihr Engagement stärken: Sportvereine, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, Hilfe für MigrantInnen, ehrenamtliche RichterInnen, Begegnungszentren, Seniorenarbeit, Töpferkurse und und und - Ehrenamt ist enorm vielfältig. Vor Ort wollen wir den Menschen und Strukturen helfen, die im Ehrenamt unser Zusammenleben bereichern.

Immer wieder erleben wir, dass Ehrenamtliche selbst wenig Geld haben und trotzdem für ihr Ehrenamt ständig Geld ausgeben. Wir möchten sie besser unterstützen.

Denn wir können nicht genug wertschätzen, wie viele engagierte EinwohnerInnen aller Altersgruppen durch ihre Mithilfe unser Zusammenleben bereichern. Ihr Aufwand soll durch eine Kultur der Anerkennung gewürdigt und unteretzt werden. Wir beteiligen die Ehrenamtlichen an Entscheidungen, wir unterstützen Sie finanziell und materiell.

Wir sagen Danke.

Unsere LINKEN KommunalpolitikerInnen sind selbst ehrenamtlich tätig, engagieren sich in den politischen Vertretungen und auch in Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen. Als LINKE in Bewegung wirken wir in den Gremien und außerhalb von Gremien. Dabei tragen wir unterschiedliche Rollen: Wir üben Protest, wir demonstrieren, wir machen Druck, ebenso gestalten wir sachlich und kollegial mit. Wir sind kompromissfähig, wenn alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um wirklich Verbesserungen für die Menschen zu erreichen.

## **Unsere Ziele:**

### **1. Anerkennen und Entlasten**

Das Ehrenamt muss gewürdigt, gefördert und entlastet werden. Wir unterstützen ehrenamtliche Strukturen finanziell, materiell und personell. Unser Motto: Hauptamt stützt Ehrenamt! Wir schaffen Ehrenamtsbeauftragte mit Lotsenfunktion und stellen „Förder-Fibeln“ zur Information der Vereine über Fördermöglichkeiten zur Verfügung.

### **2. Beraten und Finanzieren**

Wir unterstützen eine bedarfsgerechte Beratungs-, Unterstützungs- und Präventionslandschaft vor Ort. Ehe- und Familien-, Sucht- und Schuldnerberatungen sowie medizinische Betreuungs- und Präventionsangebote müssen finanziert sein.

### **3. jugendlich, demokratisch und offen**

Wir unterstützen Ehrenamtliche und Vereine, die sich für Kinder und Jugendliche einsetzen. Wir fördern ehrenamtliches Engagement, das ein demokratisches, vielfältiges, friedliches und solidarisches Miteinander stärkt.

### **4. Schützen und Stärken**

DIE LINKE steht für den Erhalt von Frauenschutzhäusern, Frauenzentren und Beratungsstellen gegen häusliche und sexualisierte Gewalt.

### **5. Ausstatten und Ausbilden**

Die Feuerwehren unterstützen wir, damit sie einsatzfähig bleiben. Durch Defizite in der



technischen Ausstattung und Ausbildung gerät ihre Einsatzfähigkeit in Gefahr, das wollen wir ändern.

## **Die Wahl ist erst der Anfang – Gestalten auf Augenhöhe**

EinwohnerInnen sollen bestimmen können, was vor ihrer Haustür passiert. Sie wählen dafür VertreterInnen in kommunale Gremien, aber damit ist demokratische Teilhabe keineswegs am Ende. Wer glaubt, Bürgerinnen und Bürger seien nur „Kunden und Kundinnen“ der Verwaltung, irrt gewaltig. Wir alle sind aktive MitgestalterInnen des Lebens vor Ort.

Mit dem neuen Gesetz über Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid hat Thüringen mit Rot-Rot-Grün die modernsten Regelungen zur direkten Demokratie auf kommunaler Ebene in der Bundesrepublik geschaffen. Der Gemeinderat kann nun strittige Themen und Beschlüsse den BürgerInnen zur Entscheidung vorlegen. Bei Bürgerentscheiden können auch Alternativvorschläge mit zur Abstimmung gestellt werden. In Thüringen kann 1% der EinwohnerInnen ab 14 Jahre – egal welcher Staatsangehörigkeit – einen Antrag an den Gemeinderat zur Debatte stellen. In großen Städten müssen es aber nicht mehr als 300 EinwohnerInnen sein, die einen solchen Einwohnerantrag unterstützen. Und: auch 16- und 17jährige sind bei Kommunalwahlen wahlberechtigt.

In der Nachbarschaft entstehen neue Häuser, eine Grünfläche soll bebaut werden oder die Schule vor Ort schließt? Sie haben eine Meinung und wollen mitreden?

DIE LINKE steht für demokratische Kommunen, wir unterstützen die vielfältigen Formen der unmittelbaren Mitsprache und Mitbestimmung. Die EinwohnerInnen, politischen Gremien und Verwaltungen sollen gemeinsam und auf Augenhöhe handeln. Voraussetzung dafür ist eine transparente, gleichberechtigte und barrierefreie Kommunikation zwischen ihnen. Wer miteinander diskutieren und Ziele umsetzen will, braucht einen gleichwertigen Zugang zu Informationen. Als LINKE setzen wir uns dafür ein, dass alle Interessierten die Informationen bekommen, die sie benötigen.

## **Unsere Ziele:**

### **1. Mitmachen!**

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide werden von uns mindestens dahingehend unterstützt, dass wir den EinwohnerInnen Zugang zu den Informationen ermöglichen, die sie benötigen. Zudem streiten wir für zusätzliche Formate der BürgerInnenbeteiligung und Mitbestimmung. Kinder-, Jugend- und SeniorInnenparlamente unterstützen wir, ebenso die Arbeit und Mitbestimmung von (Kreis-)SchülerInnen- und Elternräten als gleichberechtigte PartnerInnen für Verwaltungen und politische Vertretungen.

Wir arbeiten eng mit Beiräten (z.B. Behindertenbeiräte oder SeniorInnenbeiräte) zusammen und beteiligen sie bei Entscheidungen und Vorhaben. Fahrtkosten für einen Behindertenfahrdienst sollen bei ehrenamtlicher Tätigkeit erstattet werden. Die Arbeit der ehrenamtlichen Beiräte wird gefördert und unterstützt, sie bekommen in kommunalen Gremien ein Rede- und Antragsrecht zu den sie betreffenden Angelegenheiten.

### **2. Bescheid wissen!**

Nur wer weiß, was vor Ort los ist, kann nachhaltige Ideen entwickeln. Deshalb müssen alle die Kommune betreffenden Daten, Entscheidungen und Statistiken regelmäßig erhoben werden, barrierefrei einsehbar und vergleichbar sein. Deshalb wollen wir eine zügige Umsetzung des neuen Transparenzgesetzes für Thüringen.

### **3. Informiert sein!**

Wann entscheidet wer und wo? Sitzungstermine, Tagesordnungen, Anfragen – alle Informationen zur kommunalen Vertretung müssen frühzeitig, unkompliziert und barrierefrei zugänglich sein. Die Gremien sollten in der Regel öffentlich tagen. Protokolle sind schnellstmöglich zu veröffentlichen.

#### **4. Dabei sein!**

Wo können Sie sich wie einbringen? Wir informieren darüber, wie EinwohnerInnen sich beteiligen und mitentscheiden können. Wir nutzen als LINKE unsere Kommunikationswege, um aufzuklären und Transparenz herzustellen.

#### **5. Ausbau der Demokratie!**

Wir wollen Budgets für alle Ortsteile und Ortschaften bereitstellen und vor allem in den größeren Städten Stadtteilräte und EinwohnerInnen-Beteiligungsbeiräte bilden und EinwohnerInnen-Beteiligungssatzungen entwickeln.

### **Auf die Plätze, fertig, Sport!**

Sport gehört für viele Menschen zum Leben dazu. Man bleibt fit, man kommt zusammen, man erfährt Respekt, Gemeinschaftssinn und Fairness. Sport bereichert unsere Freizeit, er stärkt Gesundheit und Selbstbewusstsein. Deshalb sind hierzulande hunderttausende EinwohnerInnen Mitglied in einem Sportverein und unzählige andere Menschen treiben Sport, ohne in einem Verein organisiert zu sein. Sie joggen, besuchen eine Schwimmhalle, gehen wandern, fahren Rad und vieles mehr. Sie alle haben unsere volle Unterstützung. Auch deswegen, weil Sport Grenzen überwindet. Er macht keinen Unterschied zwischen arm und reich, jung oder alt, zwischen Hautfarbe und Kultur. Sport bringt Menschen zusammen, er stärkt den Zusammenhalt der Generationen und die Integration.

Kinder und Jugendliche haben viele Herausforderungen zu meistern. Erwachsenwerden bedeutet, tiefgreifende Entwicklungen zu durchleben. Leider bewegen sich zu viele junge Menschen zu wenig oder der Zugang zu Sportangeboten ist für sie schwierig. Motorische Fähigkeiten werden gefördert, gemeinsam erfahren Kinder und Jugendliche, dass Menschen unterschiedliche Fähigkeiten haben und wie wichtig ein fairer Umgang miteinander ist. DIE LINKE engagiert sich deshalb für landesweite Angebote im Breiten- und Freizeitsport.

All die hervorragenden Leistungen, die kleinen und die großen Erfolge, auch die Vielfalt des Sports wären ohne das große Engagement Tausender nicht möglich. Ohne all die ÜbungsleiterInnen und TrainerInnen, SchiedsrichterInnen und KampfrichterInnen, ohne Eltern und Großeltern, ohne SponsorInnen. Wir unterstützen sie auch vor Ort. #r2g stärkt mit einem neuen Sportförderungsgesetz die Thüringer Sportlandschaft, macht sie sozialer und vielfältiger.

#### **Unsere Ziele:**

##### **1. Sport vor Ort!**

Attraktive und bezahlbare Sportstätten in ausreichender Anzahl sind wichtig. Wer aktiv sein will, benötigt Hallen, Plätze und Nutzungszeiten. DIE LINKE wird sich weiterhin dafür einsetzen, die Sanierung und den Ausbau der Sportstätten fortzuführen. Der Schulsport muss abgesichert werden.

##### **2. Sport sagt Danke!**

DIE LINKE unterstützt das Ehrenamt. Vereine brauchen Luft zum Atmen: kostengünstige Nutzungsentgelte, Unterstützung bei der Finanzierung von Investitionen und Aufwandsentschädigungen, Finanzierung von Trainerstellen.

##### **3. Sport für alle!**

Alle Kinder und Jugendlichen haben das Recht auf einen gleichen Zugang zum Sport. Wenn Familien wenig Geld haben oder die nächste Möglichkeit Sport zu treiben weit entfernt ist, dann sind wir gefragt. Wir möchten Kinder und Jugendliche für Sport begeistern, wir werden uns vor Ort auch für kostenlose Sportangebote einsetzen.

Sportbegeisterte mit Behinderung benötigen barrierefreie Sportstätten und entsprechende Angebote, die auf ihre Bedarfe zugeschnitten sind.

##### **4. Sport ist spitze!**

Thüringen soll weiterhin das Zuhause von Leistungs- und Spitzensport sein. Das Land muss bei der Finanzierung von Sportstätten und Personal, vor allem in den olympischen Sportarten, weiter dranbleiben.

## **Kulturvolle Kommunen**

In Thüringen verdichtet sich in Kulturdenkmälern wie Schlössern und Burgen, in Museen und Gedenkstätten aber auch in Archiven, Theatern oder Orchestern mit jahrhundertalter Tradition das kulturelle Gedächtnis unserer Gesellschaft. Die reichhaltige Kreativ- und Kunstszene, eine lebendige Landschaft von kommunalen und soziokulturellen Institutionen und Initiativen, aber auch die Klassik-Stiftung Weimar, die Bauhaus-Universität, die Musikhochschule Franz Liszt oder die Internationale Bauausstellung (IBA) Thüringen vervollständigen die Kulturlandschaft. Mit den Theatern und Orchestern in Thüringen hat #r2g auf Landesebene langfristige Verträge abgeschlossen und damit begonnen, die Tarifunterschiede zwischen den Einrichtungen auszugleichen.

In jedem Landeshaushaltsplan seit 2015 haben wir die Kulturausgaben erhöht. Die Kommunen profitieren von der Erhöhung des Kulturlastenausgleichs, einem Plus bei den Denkmalschutzfördermitteln sowie der Verankerung von Kulturinvestitionen in den kommunalen Investitionsprogrammen. Doch unsere Aufmerksamkeit richtete sich auch auf die vielen anderen Kultureinrichtungen und -träger, die oft mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Kunst und Kultur sind der kreative Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Sie erzeugen Offenheit und Verständnis für Andere, sorgen für Vielfalt, regen zur kritischen Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Realität an und entwickeln sich zum Innovations- und Wirtschaftsmotor. Kultur ist öffentliches Gut, muss erhalten, gefördert und für alle garantiert werden. Dafür benötigen Kulturschaffende nicht nur ein hohes Maß an Anerkennung, sondern auch entsprechende Rahmenbedingungen.

## **Unsere Ziele:**

### **1. Vielfalt bewahren!**

Kulturelle Angebote sollen erhalten und entwickelt werden, insbesondere die der kulturellen Bildung, wie Musikschulen, Bibliotheken, Theater und Orchester, Kunst- und Literaturhäuser, Museen, Heimatstuben, Archive und Ortschroniken sowie kulturelle Initiativen in Vereinen und Verbänden, darin eingeschlossen die der Soziokultur und der Kulturkinos. Wir wollen bürgerschaftliches Engagement und Eigeninitiativen von kulturellen Vereinen, Verbänden und selbstverwalteten Jugend- und Kulturprojekten unterstützen und fördern Formen der kommunalen und überregionalen Zusammenarbeit zum Erhalt und zum Ausbau von Kulturstätten und kulturellen Initiativen. Eine kostenfreie Nutzung von öffentlich geförderten Kultureinrichtungen im Rahmen des Unterrichts und eine bessere Zusammenarbeit von Kultur- und Bildungseinrichtungen in der Region kommen dem Bildungscharakter von Kultur sehr entgegen.

### **2. Verlässlich sein!**

Wir wollen Kulturentwicklungspläne mit mehrjährigen Leistungsvereinbarungen und Angaben zu Grundbedarfsförderungen, damit sich kulturelles Engagement auf die öffentliche Förderung verlassen kann. Die Auszahlung der Mittel muss rechtzeitig erfolgen.

### **3. Kunst und Kultur zeigen!**

Wir wollen alles tun, damit Kreative zusammenkommen und sich austauschen können. Sie sollen ihre Kunst öffentlich präsentieren können. Räumlichkeiten vor Ort sind notwendig, ebenso öffentliche Galerien und Kunsthäuser.

## **Öko? LOGISCH!**

Eine lebenswerte Kommune gibt es nur in einer intakten Natur. Unsere EinwohnerInnen wünschen sich eine gesunde Umwelt. Die Umweltbelastung in den Kommunen ist hierzulande noch verhältnismäßig gering und das soll auch so bleiben.

Wälder, Wiesen, Moore, Seen und Flüsse, Grünflächen, Kleingärten, Berge - Thüringen hat viel zu bieten, wir sind nicht nur ein grünes Herz, sondern haben auch einen grünen Daumen. Belastungen durch Industrie, Landwirtschaft, Verkehr oder Besiedlung müssen immer so gering wie möglich gehalten werden. Ökologisches Handeln darf nicht nur ein Schlagwort sein. Natur- und Umweltschutz sind ein fester Bestandteil unseres Handelns.

Bei allen Entscheidungen über Projekte in Wirtschaft oder Verkehr müssen die Folgen für die Natur sorgsam abgewogen werden. Im Zweifelsfall ist pro Natur zu entscheiden, denn in einem Tourismus-Land ist eine intakte Natur auch ein Wirtschaftsfaktor.

### **Unsere Ziele:**

#### **1. Natur pur!**

Wir wollen die intakten Naturräume im Land erhalten, die Großschutzgebiete (Nationalparke, Biosphärenreservate, Naturparke) fördern und die FFH (Fauna-Flora-Habitat) – Gebiete sowie Vogelschutzgebiete schützen.

Wir setzen uns für die Beseitigung von Umweltbelastungen durch den Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln sowie Tierarzneimitteln in der Landwirtschaft ein. Wir fördern ein generelles Umdenken zu einer ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Landwirtschaft.

#### **2. Tierisch gerecht!**

Ob Nutz-, Heim- und Begleittiere, ob Zootiere, ob Wildschweine, Kormorane oder Singvögel – wir wollen einen tierschutzgerechten Umgang mit ihnen. Wir treten ein für eine gute Finanzausstattung der Tierheime. Vereine und Initiativen, die sich für tiergerechte Haltung und Tierschutz einsetzen, werden von uns unterstützt.

#### **3. Alles sauber, oder was!?**

In den Ballungsräumen muss die Lärm- und Schadstoffbelastung durch den Verkehr gesenkt werden. Wir stärken den ÖPNV und wollen Wirtschaftsverkehre umweltschonender gestalten. Wir treten der illegalen Abfallentsorgung und der Versiegelung der Böden entgegen. Die illegale Einleitung von Schadstoffen in Gewässer muss streng geahndet werden. Der Eintrag von Nitrat sowie weiteren Nähr- und Schadstoffen in den Boden und die Gewässer durch die Landwirtschaft darf nicht die zulässigen Grenzwerte überschreiten.

Geruchsbelastungen durch Abluft aus großen Tierhaltungen (insbesondere Schweine und Geflügel) können und müssen durch Luftfilter reduziert werden, organische Dünger (Gülle, Dung, Jauche) müssen so ausgebracht werden, dass anliegende Wohnsiedlungen nur gering und kurzzeitig belastet werden.

#### **4. Klimaschutz, auch vor Ort!**

Globaler Klimaschutz wird nur dann gelingen, wenn auch vor Ort alle Möglichkeiten genutzt werden. Wir wollen Initiativen, Projekte und Maßnahmen zur Senkung von klimaschädlichen Gasen (insbesondere CO<sub>2</sub>) entwickeln und unterstützen. Dazu gehören vor allem die konsequente Nutzung erneuerbarer Energien (Photovoltaik, Solarthermie, Erdwärme, Biogas) für die Strom- und Wärmeversorgung sowie Klimatisierung in öffentlichen Gebäuden, Wohnhäusern und Unternehmen. Die Straßenbeleuchtung muss schnellstmöglich auf energiesparende Lampen umgerüstet werden.

#### **5. Gut getrennt ist halb verwertet!**

Wir drängen in den Kommunen auf eine möglichst sortenreine Trennung, Sammlung, Lagerung und Verwertung von Abfällen durch die beauftragten Abfallwirtschaftsunternehmen. Brände von recycelbaren Abfällen müssen durch vorbeugenden Brandschutz verhindert werden. Bioabfälle müssen an Biogasanlagen geliefert oder vor Ort kompostiert werden. In den Gemeinden sollten Zwischenlagerstätten für Grünschnitt errichtet werden, der anschließend in Kompostieranlagen verbracht wird.

## **Für eine dezentrale, demokratisch kontrollierte Energiewirtschaft**

Der Klimawandel und der menschliche Anteil daran sind nicht zu leugnen. Die Energiewende muss deshalb weiter vorangetrieben werden. Dezentrale regenerative Energieerzeugung ist eines der wichtigsten Ziele LINKER Kommunalpolitik. Gerade die Energieerzeugung mit Photovoltaik, Solarthermie, Windkraft und Biomasse stellen eine Zukunftsinvestition im ländlichen Raum dar. Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen achten wir darauf, dass alles getan wird, um die Klimaschutzziele von Land und Bund umzusetzen. Die VertreterInnen in den Gremien achten darauf, dass in den regionalen Planungsgemeinschaften den Energieerzeugungsanlagen ausreichend substantieller Raum gegeben wird.

Bei Investitionen an kommunalen Einrichtungen, wie Kindergärten, Schulen oder Sporteinrichtungen achten LINKE KommunalpolitikerInnen darauf, dass vorzugsweise erneuerbare Energien eingesetzt werden. In Schulen und Kindergärten, Sporthallen und Rathäusern könnten „Energiebeauftragte“ eingesetzt werden, die regelmäßig auf energiesparenden und energieeffizienten Umgang mit Beleuchtung und Heizung achten sowie die NutzerInnen und Beschäftigten schulen etc.

Wo kommunale Wohnungsbestände vorhanden sind, wollen wir Mieterstrommodelle – Strom der lokal erzeugt und durch MieterInnen günstig genutzt werden kann. Bei energetischen Sanierungen im Wohnungsbestand achten wir darauf, dass effiziente KWK (Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen) genutzt werden. Auf Abriss- und Bestandsflächen ist die Nutzung von solarthermischen Anlagen zur Heizung und Warmwasserbereitung zu prüfen.

### **Unsere Ziele:**

#### **1. Bezahlbare Wärme und Strom für alle!**

Wir wollen eine dezentrale Energiewirtschaft und weg von der Macht einiger weniger Konzerne. DIE LINKE unterstützt Stadtwerke, Genossenschaften, Bioenergiedörfer und andere BürgerInnen-Energiemodelle und vertritt die Interessen der VerbraucherInnen.

#### **2. EinwohnerInnen beteiligen!**

DIE LINKE steht für einen demokratischen, sozial-ökologischen Umbau. Dazu gehören Photovoltaik, Geothermie, Bio- und auch die Windenergie. Betroffene Menschen und Kommunen müssen von der Belastung profitieren und beispielsweise bei der Ausweisung von Windeignungsgebieten mitbestimmen können.

#### **3. EinwohnerInnen schützen!**

Wir stehen weiterhin hinter der regionalen Planung. Abweichungen von dieser Planung müssen die absolute Ausnahme bleiben und können nur im Einvernehmen mit der Bevölkerung genehmigt werden. Eine Umzinglung von Ortschaften muss verhindert werden. In der kommunalen Bauleitplanung müssen die Klimaschutzziele berücksichtigt werden. Regenerative Energien haben Vorrang bei kommunalen Investitionen.

### **Moderne Verwaltung – Fachkräfte für die Kommunen**

Die kommunalen Verwaltungen konkurrieren bei der Gewinnung von Fachkräften stärker als bisher mit der freien Wirtschaft. Gleichzeitig werden in den kommenden zehn Jahren rund ein Drittel aller Beschäftigten aus dem aktiven Dienst ausscheiden. Schon jetzt ist vorhersehbar, dass nicht jede Stelle wieder besetzt werden kann – auch weil es nicht genügend Bewerberinnen und Bewerber geben wird.

Wenn die öffentlichen Verwaltungen ihre Leistungsfähigkeit erhalten und weiter ausbauen wollen, muss der öffentliche Dienst insbesondere für hochgradig spezialisierte Fachkräfte attraktiver werden. Dazu gehört der Einsatz moderner Arbeitsmittel ebenso wie flexible Arbeitszeitmodelle. Alle Aufgaben in den Rathäusern und Landratsämtern sind geeignet, durch Tarifangestellte

wahrgenommen zu werden. Der umgreifenden Tendenz der Befristung von Angestelltenarbeitsplätzen im öffentlichen Dienst gilt es Einhalt zu gebieten. Sofern es nicht gelingt, durch neue Fachkräfte die Aufgabenwahrnehmung durch die öffentliche Hand zu sichern, besteht die Gefahr, dass weitere Aufgabenbereiche privatisiert werden. Die Sicherung der bisherigen und das Gewinnen von künftigen Fachkräften schließt auch die Rekommunalisierung von Aufgaben ausdrücklich ein. In all diesen Prozessen sind die Personalräte frühzeitig einzubinden.

#### **Unsere Ziele:**

- 1. Moderne Arbeitsplätze in der Verwaltung!**  
Wir wollen Investitionen in die Informations- und Telekommunikation für moderne Arbeitsplätze auf dem aktuellen Stand der Technik. Dazu gehört die Entwicklung einer einheitlichen IT-Strategie vor Ort.
- 2. Gute Arbeit auch in der Verwaltung!**  
Unsichere Beschäftigung können wir auch in der öffentlichen Verwaltung nicht akzeptieren. Wir werben dafür, bei Stellenausschreibungen auf Tarifbeschäftigte zu setzen, befristete Arbeitsverträge zu vermeiden und bestehende Verträge zu entfristen.
- 3. Zusammenarbeit mit den Vertretungen!**  
Wir stehen zu einer klaren und solidarischen Zusammenarbeit mit den Personalräten. Das betriebliche Gesundheitsmanagement gehört auch in Verwaltungen stärker verankert.

#### **Abwässer müssen solidarisch geklärt werden**

Wir wollen die Wiedereinführung des Solidaritätsprinzips bei der Abwasserentsorgung. Das heißt: alle Abwassereinrichtungen sind öffentliche Einrichtungen und erfüllen die Anschlusspflicht für alle.

Der aktuelle Entwurf des Thüringer Wassergesetzes von #r2g bedeutet einen positiven Schritt für die Wiedereinführung des Solidarprinzips im Bereich der Abwasserentsorgung, insbesondere in ländlichen Regionen. Mit den Neuregelungen soll BürgerInnen eine Wahlmöglichkeit gegeben werden: ob sie eine Kleinkläranlage in Eigenregie errichten, sanieren bzw. betreiben möchten, oder ob der zuständige Abwasserzweckverband, der im Allgemeinen der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger ist, dies für die Grundstückseigentümer tun soll.

Seit 2009 ist es möglich, dass Abwasser-Zweckverbände vom Solidarprinzip abweichen können. Bestimmte Bereiche ihres Verbandsgebietes waren nicht mehr an eine zentrale Kläranlage anzuschließen. Die BürgerInnen hatten auf Anweisung der Unteren Wasserbehörden oder des Zweckverbandes stattdessen vollbiologische Kleinkläranlagen zu errichten. Folglich wurden sie mit massiven Wartungs- und Kontrollkosten konfrontiert. Das ist bis heute eine immense Belastung besonders für die Bewohner im ländlichen Raum.

Dies soll nun mit der Einführung von Wahlmöglichkeiten endlich bereinigt werden.

Mit ca. 80 Prozent Anschlussgrad an Kläranlagen ist Thüringen „Schlusslicht“ aller Bundesländer, was nicht zuletzt auf die seit 2010 immens zurückgehenden Fördermittel seitens der EU bzw. des Landes zurückzuführen ist.

#### **Unsere Ziele:**

Wir wollen, dass alle Abwassereinrichtungen öffentliche Einrichtungen sind. Das technische Konzept zur Umsetzung muss dafür entsprechend der örtlichen Bedingungen entwickelt werden. Damit erfolgt eine Stärkung des Solidarprinzips. Künftig sollen die Verbraucherbeiräte der Zweckverbände verpflichtend gebildet werden.

**Fazit:**

**Von A wie Ankommen bis Z wie Zusammensein – das Leben spielt sich in der Kommune, in den Städten und Gemeinden ab. DIE LINKE. bereitet mit diesen kommunalpolitischen Grundsätzen ein Angebot für kommunalpolitisch und sozial Engagierte, für Wählerinnen und Wähler, denen an einem demokratischen Gemeinwesen gelegen ist. LINKE KommunalpolitikerInnen und Kandidierende sind für Sie, die Einwohnerinnen und Einwohner, da. Wir laden Sie ein, gemeinsam mit uns unsere Kommunen zu gestalten.**